

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Offenburger Nachrichten. 1887-1887 1887

84 (28.6.1887)

Offenburger Nachrichten.

Anzeigebblatt für Offenburg und Umgebung.

Die „Offenburger Nachrichten“ erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis 50 Pf. monatlich. Inserate pro Zeile 10 Pf., bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Nr. 84.

Offenburg, Dienstag den 28. Juni

1887.

Submission.

Die Stadtgemeinde vergibt die Umpflasterung von Rinnen und Neupflasterung solcher im sog. Seequälweg und in der Wilhelmstraße und nimmt Uebernahmeangebote bis zum 29. d. Mts. entgegen. Der Kostenüberschlag liegt zur Einsicht bei uns auf. Die Ueberchlagssumme beträgt 390 Mark.

Offenburg, den 24. Juni 1887.

Der Gemeinderath.

Freiburg i. B.

Speisehalle und Kaffeeschank

Friedrichstraße 29.

Unter Ausschluß spirituöser Getränke werden verabreicht zu jeder Tageszeit:

Warme und kalte Speisen, Kaffee die Tasse zu 10 Pf., Thee, Chokolade, Limonade Himbeerfaß etc., sowie

Ingwer-Bier.

Letzteres hat das gleiche Mousseux wie Sekt und ist hauptsächlich für Magenleidende und nervöse Personen etc. sehr zu empfehlen, 1/2 Flasche 15 Pf. Die Halle ist geöffnet von Morgens 5 1/2 bis Abends 9 1/2 Uhr.

Achtungsvoll

C. Sieder.

NB. Ingwer-Bier wird auch über die Straße abgegeben.

3.3

Feuerwehr Offenburg.



Dienstag den 28. d. M.
Abends halb 7 Uhr,
Spezialübung
der Abtheilung Steigmannschaft.

Offenburg, 27. Juni 1887.

Das Kommando.

Mich. Ambruster.

C. Bollschweiler.

Die
Landwirthschaftl. Besprechung
in Bühl findet nicht statt.

Branntwein

verschiedene Sorten I. Qualität, verkauft, um mit dem Artikel zu räumen, zu äußerst billigen Preisen.

6.3

Adolf Spinner.

Zwei junge, kräftige, fleißige

Bursche

finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in der

3.3

Cementwaarenfabrik von

C. Schwarz.

Lehrling-Gesuch.

Ein kräftiger Junge kann unter günstigen Bedingungen das

Drechsler-Handwerk

erlernen. Wo sagt die Expedition dieses Blattes.

3.2

Bäcker-Lehrling

kann unter günstigen Bedingungen eintreten. Zu erfragen bei der Expedition ds. Bl.

2.2

Einmach-Essig

Speise-Essig Wein-Essig

Essig-Essenz

Weinessig-Essenz

alle Sorten Gewürze

empfiehlt

Philipp Müller, Hauptstraße.



Cigaren, Prima-Qualität
in allen Preislagen bei
C. Dösch, bei der Allee.

Holz-Versteigerungen.

Durch die Gemeinde Bermersbach am 1. Juli, 9 Uhr, im Kreuz in Strohbach (tann. Stämme und Klöße, Brennholz).

Durch die Gemeinde Unterentersbach am 30. Juni, 9 1/2 Uhr, auf dem Plage selbst, Dist. 3 Mill (tann. Stämme u. Brennholz).

Glaserstraße 281 sind zwei ineinandergehende Zimmer mit Kochofen zu vermieten. 2.2

Offenburg. Am Dienstag tritt der badische Landtag wieder zusammen. Zur Berathung wird die Aufhebung des Reservatrechts bezüglich der Branntweinsteuer stehen.

= **Offenburg.** Wie man uns mittheilt, ist Herr Dr. Bloomenthal hier unter die Zahl der Kassenärzte der hiesigen Ortskrankenkasse, sowie der Eisenbahnbetriebskrankenkasse aufgenommen.

+ **Offenburg, 27. Juni.** Gestern Nachmittag zog ein Gewitter in östlicher Richtung über die Stadt und brachte Hagel, der auf der Gemarkung Ortenberg Schaden verursachte. — Mit Ende dieser Woche kann die allgemeine Nebenblüthe vorüber sein.

Auf nach Schutterthal! Diese Gemeinde im Amte Lahr ist keine der geringsten des Landes Baden. Denn die dortigen Gemeindevermögensverhältnisse stehen so günstig, daß laut Beschluß der Gemeindeversammlung vom 19. ds. jeder Ortsgemeindebürger aus den Ueberschüssen der Gemeindekasse 50 Mark erhält. — Ein weißer Haba!

Mühlhausen. Nach hier umlaufenden Gerüchten soll der Reichstagsabgeordnete Balace sich in einem Zustande hoher nervöser Aufregung befinden. Man sagt, er leide an Verfolgungswahn. — Am 4. Juli werden die beiden Beamten der französischen Ostbahn vor das Schwurgericht kommen, die den Grenzpfahl in Altmünsterol mit beleidigenden Worten für das deutsche Reich beschmiert hatten.

Die Segnungen des Kornzoll äußern sich bereits vielerorts dadurch, daß der Preis des Brodes um 1—2 Pf. pro Pfund in die Höhe ging. Hoffentlich werden unsere Arbeiter, sowie die Kleinbauern jetzt bald zu der Einsicht gelangen, wer den Zoll zahlen muß — das Ausland oder der Konsument.

Eine heilsame Ermahnung. wird der demokratischen Frankf. Ztg. von der fortschrittlichen Berl. Volksztg. ertheilt. Letztere schreibt: In dem Urtheil, welches das Reichsgericht kürzlich gegen einige des Landesverraths angeklagte Elsaß-

Lothringer gefällt hat, heißt es bezüglich zweier derselben, welche früher dem deutschen Kaiser den Eid der Treue geschworen hatten, der Gerichtshof habe nicht annehmen können, daß sie sich des Bruches ihres Gelöbnisses voll bewußt gewesen seien, „sonst“ würde eine andere Strafe, d. h. statt der verhängten Festungshaft, die vom Reichsanwalt beantragte, entehrende Zuchthausstrafe gewählt worden sein. Hierüber geräth die „Frankfurter Zeitung“ in großen Zorn. Sie beruft sich darauf, daß der Richter nach dem Strafgesetze überall, wo ihm die Wahl zwischen Zuchthaus und Festungshaft gestattet sei, nur dann auf Zuchthaus erkennen dürfe, wenn die strafbare Handlung einer ehrlosen Gesinnung entsprungen sei. Das frankfurter Blatt meint, daß die deutschen Richter nicht einmal zur Zeit der Demagogenprozesse gewagt hätten, den Bruch des politischen Eides als entehrendes Moment zu behandeln. Das sei unerhört und man könne lebhaft bedauern, daß der höchste Gerichtshof des Reichs durch die erwähnte Begründung seines Urtheils den Schein erweckt habe, als wolle er diese Anschauung in die Rechtssprechung einführen.

„Das ist nun alles sehr richtig und wir haben ganz und gar nichts dagegen einzunwenden. Allein wir verstehen nicht, wie man erst anlässlich dieses reichsgerichtlichen Urtheils auf solche zutreffenden Beobachtungen geführt werden kann. Die Praxis des Reichsgerichts in Puncto „ehrloser Gesinnung“ ist ja schon eine Reihe von Jahren alt; sie fand ihre erste Anwendung 1881 in dem bekannten Hochverrathsprozesse, in welchem der „Zeuge“ Gorsch die berufene Rolle spielte. Damals wurden mehrere Arbeiter aus Frankfurt a. M. wie der Augenschein ergab, ganz ungebildete Leute, welche gar keinen politischen Treueid geleistet und in der That nichts gesündigt hatten, als daß sie sich des einerseits von Herrn Johann Most, andererseits von dem „Zeugen“ Gorsch mit ihnen getriebenen

Schwindels nicht „voll bewußt“ geworden waren, dennoch zu entehrenden Zuchthausstrafe verurtheilt. An diesem Maßstabe gemessen, sind die Angeklagten des jüngsten Landesverrathsprozesses, noch sehr gut fortgekommen, und auch derjenige Theil der Urtheilsbegründung, welcher die „Frankfurter Zeitung“ in hohem Maße aufregt, kann nicht als der Beginn einer strengeren, sondern höchstens einer mildernden Praxis betrachtet werden. Ob derselbe so aufgefaßt werden muß, wird die Zukunft lehren; in den Gerichten unterer Instanz scheint nach unseren persönlichen Beobachtungen in letzter Zeit die — allerdings in die Zeit der Demagogenvorfahrungen zurückgreifende — Annahme, daß die Uebertretung jedes Strafgesetzes, einschließlich des Preß- und des Sozialistengesetzes, einen Abbruch an der bürgerlichen Ehre bedeute, nicht ab-, sondern zugenommen zu haben.“

— Im Widerspruch mit andern Angaben wird jetzt behauptet, die Vorlage über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter sei schon mehreren Jahre nur deshalb unterblieben, weil dieser Theil der Versicherung nicht ohne erheblichen Zuschuß aus der Reichskasse durchzuführen sei. Nach der jetzt erfolgten Annahme der Branntwein- und Zuckersteuer falle der Hauptgrund der Verzögerung fort und werde man deshalb bei nächster Gelegenheit das Erscheinen des viel besprochenen Projekts erwarten können. Mit dieser Versicherung steht die bekannte Erklärung des Staatsministers v. Bötticher aus dem Jahre 1885, daß die Reichsregierung bisher nur verschiebene Bilder der Ausführung des Projekts habe, in offenbarem Widerspruch. Hoffentlich verrathen die Oeffiziösen bald, welcher Art das „Bild“ ist, welches der für den Reichstag bestimmten Vorlage zu Grunde gelegt werden soll.

Der Nihilist Windthorst. Zum Dank für seine Guttheilung der Branntweinsteuervorlage versichert die „Nordb. Allgem. Ztg.“ dem Abgeordneten Windthorst aus A.

laß seiner Bemerkung über die Befähigung des Bundesraths, daß der Grundcharakter der Windthorst'schen Opposition nur in der absolut negirenden, sozusagen nihilistischen Tendenz gefunden werden könne. Bei dieser Gelegenheit erhalten auch die Bundesrathsmittelglieder selbst eine Lektion darüber, daß sie dem Abgeordneten Windthorst aufmerksam zuhören und dabei vergessen, daß ihre Aufmerksamkeit Wasser auf die Mühle ist, deren Zahnräder so manches Mitglied der theilnahmervollen Korona selbst gerne zermalmen möchte. — Wenn es nach der „Nordb. Allgem. Ztg.“ ginge, müßte die Rede jedes Oppositionsmannes im Reichstage durch Rundgebungen der Unruhe unwirksam gemacht werden. Ein Trommelwirbel vom Bundesrathstische aus wäre noch einfacher und wirksamer.

Septennats-Klee. Ueber eine herrschaftliche Abstrafung armer Bauern wegen der jüngsten Reichstagswahl wird der „Oberschlesischen Volksstimme“ aus Sczypankowitz, Kreis Ratibor, geschrieben: Alljährlich erhalten die Bauern für das Mähen und Trockenlegen des herrschaftlichen Klees den 8. oder 10. Theil der Ernte. Bei einer solchen am 14. d. M. stattgehabten Vertheilung wurden die Wähler des Oberpräsidenten v. Seydewitz zuerst bedacht, während die Centrumswähler abwarten mußten, ob noch etwas für sie übrig blieb. Nachdem alsdann der Klee an die Septennats-Wähler ausgeheilt war, hielt der Direktor des Freiherrn v. Fontaine auf Deutsch-Krawarn eine Ansprache an die noch des übrigbleibenden Klees harrenden Centrumswähler, in welcher er u. A. bemerkte, daß es eine Schande für den Ratiborer Kreis sei, den Herrn Oberpräsidenten v. Seydewitz nicht gewählt, dem Abg. v. Glijczynski aber die Stimme gegeben zu haben.

Kassenwesen. Der „Unterstützungsverein Deutscher Gutmacher“ veröffentlicht die Abrechnung für das I. Quartal 1887. Die Mitgliederzahl betrug 2009, diejenige der zu unterstützen-

den Wandernden 1582. Die Gesamteinnahme beträgt 13,500 Mark, die Gesamtausgabe 8556 Mark; die Arbeitslosen-Unterstützung beläuft sich auf 5893 Mark, die Invaliden-Unterstützung 1223. Der Kassenbestand der Hauptkasse hat sich gegen das vorige Quartal um mehr als 4000 Mark vermehrt und betrug Ende März 36,345 Mk. 48 Pf., wovon 3568 Mark dem Invalidenfonds zugeführt wurden. — Wie man im Musterstaate Preußen gegen die Unterstützungsvereine der Arbeiterschaft vorgeht, das haben neben den Buchdruckern, auch die Gutmacher erfahren. Man erklärt sie in Preußen als Versicherungsgesellschaften und versagt ihnen die Genehmigung, wena sie sich nicht wie die großen Aktiengesellschaften einrichten d. h. dem preussischen Versicherungsgezet genügen. Das wäre der Ruin dieser Wohlthätigkeitsanstalten. Wie es dem Unterstützungsverein der Gutmacher erging, zeigt Folgendes. Auf Anregung des Polizeipräsidenten in Berlin mußte das Statut dorten eingereicht werden und am 3. Mai 1886 wurde entschieden, daß die Kasseneinrichtung einer Genehmigung nicht bedürfe. Kaum ein Jahr später, am 16. Jan. 1887 verlangt dasselbe Polizeipräsident den Nachweis, daß die staatliche Genehmigung erfolgt ist. Eine Beschwerde an Herrn von Puttkamer nützte nichts. Nach des Ministers Ansicht ist jeder Wohlthätigkeitsverein eine „Versicherungsanstalt“, wie z. B. eine Lebensversicherung. Mit Recht schreibt der „Korrespondent“:

„Wir haben aber noch nicht gehört, daß die Unterstellung von Militär-, Beamten-, Ärztevereinen u. unter das erwähnte Gezet verlangt worden wäre, sondern es sind, sowie uns bekannt worden ist, nur der Unterstützungsverein der Buchdrucker, der Glacehandschuhmacher, der Schuhmacher und der uniere, welche sich unter das Versicherungsgezet stellen sollen. Das Versicherungsgezet wändte man seither nur auf alle jene Institute und Gesellschaften an, welche aus der Versicherung ein Geschäft, einen Erwerb machen. „Heute ist das anders geworden,“ schreibt der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, heute verlangt man auch von bloßen Wohl-

thätigkeitsinstituten die Anpassung an das Versicherungsgezet, die Verbeischaffung von Millionen von Kapital, weil dies unmöglich ist dies eine schreiende Ungerechtigkeit nicht der Behörden, denn diese thun nichts weiter als ihre Pflicht, sondern der Gezetze, die einer solchen Auslegung und Anwendung fähig sind. Deshalb wird es Zeit, diese letzteren einmal einer Revision zu unterziehen bez. für ihre Handhabung moderne Vorschriften zu erlassen. Die Anschauungen der Regierungen in Bezug auf das Schaffen werththätiger Selbsthilfe an das Unterstützungsstellenwesen der Unbemittelten sind ja dieselben geblieben, mindestens hat noch kein Minister des Innern unseres Wissens öffentlich oder geheim die Parole erlassen: es muß alles, was nichtstaatliche Unterstützungsstellen heißt, vernichtet werden.“

Die Sozialdemokraten feierten am Sonntag, 20. März in Berlin ihre Erfolge im Wahlkampfe durch eine Partie nach dem Grunewald. Zwischen 2 und 3 Uhr waren sie in Schildhorn angekommen, warfen sich dort mit Schneebällen und bauten mehrere Schneemänner, denen sie rothe Fahnen in die Arme steckten. Als der Gendarm Hornbogen die Fahnen gewaltsam entfernte, wurde ihm dieselben entrisen und aus der viele Hundert Köpfe starken Menge wurde der Beamte mit Schneebällen bombardirt, so daß schließlich die in Schildhorn anwesenden Gendarmen ihre Pferde bestiegen und auf die Volksmassen einsprengten, um sie auseinander zu treiben. Bei dieser Gelegenheit erhielt das Pferd des Gendarmen Christoph von einem Mann einen Stoß über den Hintertheil und als die Gendarmen dem Attentäter nachjagten, bildeten die Sozialdemokraten einen festen Ring um die Beamten, deren Pferde nunmehr im Kreise herumjagten, während der Attentäter im Hintergrunde verschwand. Er wurde schließlich aber doch entdeckt und als der Schuhmacher Runge festgestellt. Das Charlottenburger Schöffengericht verurtheilte ihn wegen dieses Exzesses zu einem Monat Gefängniß.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Warnsee wird wieder den Unterbeamten aufgehalst. Die Stellung derselben ist aber auch eine sehr anstrengende und überaus verant-

